



# HAUSHALTSREDE DER WEINGARTENER BÜRGERBEWEGUNG 30. Januar 1995

---

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates**

ein Gemeindehaushalt sollte wie ein privater Haushalt geführt werden, denn eine Gemeinde ist nichts anderes als die Summe vieler privater Einzelhaushalte. Auch in ihrer Zielsetzung unterscheiden beide sich kaum voneinander. Ihre Aufgabe ist weniger das Streben nach größtmöglichem Gewinn wie beim Privatunternehmen, sondern vielmehr die Daseinsfürsorge. Sogar das Rechnungswesen einer Gemeinde erinnert in der Einfachheit seines Aufbaus an die Haushaltskalender, die ab Mitte Oktober von Banken und Sparkassen an ihre Kunden als Werbegeschenke abgegeben werden. Die Zeiten, in denen jeder Kassenzettel gesammelt und alle Ausgaben und Einnahmen genau notiert wurden, gehören beim privaten Haushalt vermutlich jedoch inzwischen der Vergangenheit an. Sollte sich aber eine Familie dazu entschließen, für ein privates Investitionsvorhaben, für ein neues Fahrzeug oder für das eigene Heim, einen Kredit aufzunehmen, so wird sie mit dem Berater des betreffenden Geldinstituts eine Rechnung aufmachen müssen, die die laufend anfallenden Kosten beziffert, um letztendlich herauszufinden, wieviel Geld am Monatsende frei verfügbar ist und investiert, den Rücklagen zugeführt oder zur Tilgung von Krediten verwendet werden kann. Diese Betrachtung entspricht vom Grundsatz her der Aufteilung eines Gemeindehaushaltes in den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, und glücklich schätzen kann sich sowohl die

Gemeinde als auch die Familie, bei der am Jahresende eine stattliche Summe über die laufenden Kosten hinaus übrigbleibt. Die Finanzierung eines Gemeindehaushaltes haben meine Vorredner schon eingehend beschrieben, im Detail möchte ich der Kürze wegen nicht darauf eingehen. Quintessenz dieser Betrachtungen ist, daß auch ein Gemeindehaushalt von den Konjunkturzyklen abhängt, jedoch nicht sofort, sondern mit einer gewissen Trägheit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung folgt. So, wie die Temperaturen nicht Ende Januar schon ansteigen, obwohl die Tage wieder länger werden, so führt auch die jetzt zu beobachtende allgemeine Belebung unserer Wirtschaft noch lange nicht zu einer Einnahmensteigerung in unserem Haushalt. Es wird wohl noch ein wenig frostig bleiben, und darauf sollten wir uns einstellen. Schauen wir uns nun die finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde unter den eingangs erwähnten Aspekten an, so müssen wir feststellen, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine sich ständig erweiternde Lücke klafft. Besonders die 1994 um weitere 1,9 Mio. DM gestiegene Verschuldung gibt Anlaß zur Besorgnis. Gerne wird unsere Schuldenentwicklung in Relation zur Entwicklung unseres Gemeindevermögens dargestellt. Diese Gegenüberstellung ist unzulässig. Eine Gemeinde kann genausowenig Teile ihres Anlagevermögens, also z.B. Gehwege, Straßen oder Kanalisation verkaufen wie ein Hausbesitzer seine



Dachrinne verkaufen kann, um seine Liquidität zu verbessern. Nicht übersehen darf man auch, daß große Teile unseres Anlagevermögens enorme finanzielle Belastungen darstellen, denken wir nur an die Walzbachhalle. Fehlerhaft an dieser Gegenüberstellung ist außerdem, daß Güter, die schon immer im Besitz unserer Gemeinde waren, mit einem Wert von nahezu Null eingehen. Wer wollte schon im Ernst behaupten, daß z.B. unsere Freiflächen am Ortsrand wirklich nur zwei oder drei DM pro Quadratmeter wert sind? Wesentlich aussagekräftiger ist der Vergleich von Schuldenstand und Haushaltsvolumina der vergangenen Jahre. Es zeigt sich bei dieser Gegenüberstellung, daß Weingarten auf dem Weg ist, sich mit 2/3 des Volumens seines Verwaltungshaushaltes zu verschulden. Eine Verschuldung von 9 Monateinkommen, der keine entsprechende investive Tätigkeit gegenübersteht, wäre für jede Privatperson ein dringendes Warnsignal. Besonders bedenklich ist, daß dieser Schuldenanstieg im Jahre 1994 auch nicht durch das Hinausschieben von fest eingeplanten Investitionen verhindert werden konnte.

Es sind nun nicht nur finanzielle Erwägungen, die eine weitere Erhöhung der Kreditaufnahme für uns ausschließen sollten. Es ist ein Gebot der Fairness gegenüber zukünftigen Generationen, deren Gestaltungsspielraum nicht leichtfertig schon heute aufs Spiel zu setzen. In diesem Zusammenhang muß auch klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Veräußerung von Grundbesitz, die bei uns ein fast alltägliches Finanzierungsinstrument geworden ist, ebenfalls die-

ses Fairnessgebot verletzt und deshalb unsere ausdrückliche Mißbilligung findet. Wollen wir also die wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre aus eigener Kraft bewältigen, so genügt es nicht, den Rotstift bei der einen oder anderen Haushaltsstelle anzusetzen. Es muß im Grundsätzlichen etwas verändert werden. Stellen wir uns nicht dieser Herausforderung, besteht die Gefahr, daß schon dieser Gemeinderat den Zustand der Handlungsunfähigkeit kennenlernen wird. Als Lösungen bieten sich im Einzelnen an: Die Verwaltung muß unmißverständlich über unsere finanzielle Situation informieren. Es ist eine zumindest fahrlässige Desinformation unserer Mitbürger, wenn in der Turmberg-Rundschau in der Haushaltsrede von Bürgermeister Scholz nachzulesen ist, daß Weingarten 1994 ohne weitere Kreditaufnahme auskommen wird und eine Korrektur dieser Aussage trotz der Neuverschuldung von 1,9 Mio DM im Klartext bis heute nicht erfolgt ist. Die Eckdaten des Nachtragshaushaltes wurden in der TBR lediglich in tabellarischer Minimalform veröffentlicht. Wir meinen, daß wer als Gemeindeoberhaupt die Einwohner nicht ausreichend über die Finanzen informiert, sich anschließend über das zu hohe Anspruchsdenken einzelner nicht zu wundern braucht. Der Gemeinderat sollte bereits gefaßte Grundsatzbeschlüsse angesichts der geänderten Finanzlage nochmals überdenken. An eine Hallenbaderweiterung z.B. denkt in diesem Gremium ernsthaft wohl niemand mehr, trotzdem ist die Beschlußlage unverändert. Begrüßenswert in diesem Zusammenhang ist, daß für die weitere Planung der innerörtlichen Stadtbahntrasse im Haushaltsplan 95 keine Mittel aus-



gewiesen sind. Die Entwicklung der Kosten muß vom Gemeinderat stärker nachvollzogen werden können. Es ist völlig unverständlich, daß Mitte 1994 an der Einmündung Burgstr./ Silcherstr. Geld verbaut wurde, das der Gemeinderat im Oktober 94 mit dem Nachtragshaushalt bereitzustellen hatte. Ein von uns gemeinsam mit der SPD eingebrachter Antrag verlangt, daß bei künftigen Bauvorhaben vorerst nur 80% der Mittel freigegeben werden. Nach Durchführung dieser 80% geldwerten Leistungen ist dann dem Gemeinderat ein Bericht über die Kostenentwicklung vorzulegen und ein Beschluß über die restliche Mittelfreigabe herbeizuholen. Nur wenn so verfahren wird, ist der Haushaltsplan 95 nicht nur ein Zahlenwerk, sondern unsere gemeinsame Handlungsgrundlage für das laufende Jahr. Wir müssen uns alle rückbesinnen auf die Prioritäten der Aufgaben einer Gemeinde. So, wie unser Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung den Begriff des "schlanken Staates" verwendet hat, kann man sich durchaus auch eine "schlanke Gemeinde" vorstellen- eine Gemeinde, die versucht, sich von Überflüssigem zu trennen, eine Gemeinde, die darauf verzichtet, Alles zu vereinnahmen, eine Gemeinde, die ihre Schwerpunkte eindeutig bei den Pflicht- und Weisungsaufgaben sieht. Erfreut hat uns in diesem Zusammenhang die Zusage des Herrn Bürgermeisters und der CDU-Fraktion, in den kommenden Wochen die freiwilligen Leistungen unserer Gemeinde gemeinsam mit allen anderen Fraktionen kritisch zu durchleuchten. Die WBB ist grundsätzlich dazu bereit, diese Richtung mitzutragen und hofft auf greifbare Ergeb-

nisse. Die Bereitschaft der Bürger, sich für die Allgemeinheit einzusetzen, sollte nicht gebremst, sondern eher gefördert werden. Weingarten ist, im Gegensatz zu mancher Großstadt, noch nicht ausschließlich Tummelplatz von Egomanen. Gemeinsinn ist wie überall im Schwinden begriffen, jedoch in Kirchen, Vereinen, Nachbarschaften glücklicherweise noch reichlich vorhanden. Welche Beträge könnten z.B. dadurch eingespart werden, daß sachkundige Bürger vermehrt in die Gemeinderatsarbeit einbezogen werden, anstatt daß für die Klärung von selbst unbedeutenden Detailfragen Planungsbüros hinzugezogen werden? Kein privatwirtschaftliches Unternehmen könnte es sich leisten, bei der Entscheidungsfindung die eigenen Ressourcen an Intelligenz und Kreativität so sehr zu vernachlässigen, wie dies bei uns mittlerweile zur Regel geworden ist. Mehr und mehr drängt sich der Verdacht auf, daß das Einschalten externer Berater Teil einer Strategie darstellt, die im Endeffekt darauf abzielt, den Gemeinderat in seiner Stellung zu schwächen und zum Erfüllungsgehilfen zu machen. Kommen wir nun nach diesen grundsätzlichen Überlegungen zu einzelnen Positionen im Verwaltungshaushalt: Unser Vorschlag, die Mittel für die Weihnachtsbeleuchtung in der Ortsmitte zu kürzen, fand keine Zustimmung bei den Haushaltsvorberatungen. Ganz unabhängig von dem zweifelhaften ästhetischen Wert dieser Maßnahme standen bei diesem Vorschlag finanzielle Erwägungen im Vordergrund. Eine Nachfrage bei der Verwaltung ergab, daß die Gemeinde allein für Montage und Demontage der Lichterketten über 15.000 DM ausgibt. Angesichts dieser Kosten erscheint uns nach



wie vor die Frage gerechtfertigt, ob nicht ein festlich geschmückter Weihnachtsbaum vor dem Rathaus, wie er uns allen bis vor fünf Jahren genügt hat, heute auch noch genügen könnte. Die Klärung der Frage, ob die Steigerung eines Reizes unmittelbar zu größerem Lustempfinden führt, überlassen wir selbstverständlich gerne den Philosophen. Bei unseren Schulen war ursprünglich die Streichung der Zuschüsse für Landschulheimaufenthalte vorgesehen; diese stellen auch in unseren Augen eine Subventionierung des Jugendtourismus dar, an der bei der derzeitigen Haushaltslage nicht länger festgehalten werden kann. Um jedoch die Schulen in ihrem Gestaltungsspielraum nicht zu sehr einzuengen, wurde der Weg der pauschalen Mittelkürzung gewählt. Wir können diese Richtung mittragen, jedoch nur, solange sichergestellt ist, daß den Schulen genügend Mittel zur Erfüllung ihres eigentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages verbleiben. Nach den Investitionen der vergangenen Jahre ist nun in Weingarten ein Fünf-Sterne-Kindergarten vorhanden. Wenn wir auch nicht dazu in der Lage sind, die Standardmodelle auf das Niveau des Spitzenreiters anzuheben, so darf jetzt das Schlußlicht nicht völlig auf der Strecke bleiben. Im Klartext heißt dies, daß wir die Notwendigkeit für die Sanierung des Kindergartens in der Waldbrücke einsehen und die Bereitstellung finanzieller Mittel für diesen Zweck unterstützen werden. Auch nach ihrer Generalsanierung bereitet die Walzbachhalle großes Kopfzerbrechen. Der gesamte Komplex Walzbachhalle/ Hallenbad verursacht ein jährliches Defizit von über 1.7 Mio. DM, und es ist nicht zulässig, die festen Kosten

dieser Einrichtung auszuklammern, um nur auf die Betriebskosten von 630.000,- DM verweisen zu können; Traurige Tatsache ist, daß unsere Gemeinde keine Rücklagen für die nächste Generalsanierung bilden kann, die zweifellos in ca. 20 Jahren anstehen wird, sodaß also die nächste Sanierung wieder über eine Neuverschuldung erfolgen wird. Daß dieses Spiel nicht beliebig fortsetzbar ist, leuchtet ein. Aufgabe von uns allen muß es nun sein, den richtigen Zeitpunkt für den zwangsläufig notwendig werdenden Abschied vom Weingartener Hallenbad zu finden, wobei Abschied nicht unbedingt als Stilllegung, sondern durchaus auch als Privatisierung verstanden werden kann. Freibad: Ganz anders das Weingartener Freibad. Der Sommer 1994 war sicher ein Jahrhundertsommer, und deshalb mögen die folgenden Zahlen nicht unbedingt repräsentativ sein, sie erhalten ihre Aussagekraft jedoch durch ihre pure Größenordnung: Im vergangenen Jahr zählte das Freibad 42.000 Besucher, das geplante Defizit lag bei lediglich 245.000 DM, ein Besucher wurde also mit weniger als 6 DM bezuschußt. Die Tatsache, daß das Weingartener Freibad trotz seiner zweifellos vorhandenen Unzulänglichkeiten so hervorragend angenommen wird, sollte für uns Grund genug sein, es in seiner jetzigen Form und an seiner jetzigen Stelle so lange wie möglich zu belassen. Mit Spaten und Schaufel in Handarbeit gebaut, zählt es fast schon zu den Weingartener Baudenkmalern mit dem Prädikat "Erhaltenswert", darüberhinaus ist es ein hervorragendes Beispiel dafür, daß nicht Perfektion eine Sache (oder selbstverständlich auch einen Menschen) anziehend macht, sondern



vielmehr ihr unverwechselbarer Charakter. Grünanlagen: Mit Grünanlagen ist unser Ort mittlerweile gesättigt, um nicht zu sagen übersättigt. Kürzungen im Stellenplan führen dazu, daß die verbleibenden Arbeiter nicht mehr allen Pflegearbeiten nachkommen mit dem Ergebnis, daß Grünanlagen an der Peripherie unseres Ortes schon jetzt einen vernachlässigten Eindruck machen. Im Baugebiet "Bruch östlich" sowie "Richtäcker" werden noch weitere Arbeiten hinzukommen. Dies alles will bewerkstelligt sein. Der Verkauf von Grünflächen in der Ortslage, die von den Bürgern eindeutig nicht angenommen werden, wäre ein geeigneter Weg, langfristig wiederkehrende Ausgaben zu vermeiden. Diese Flächen könnten von den Käufern z.B. als Vorgärten privat genutzt oder möglicherweise sogar ortstypisch bebaut werden. Das Aussetzen und Hinausschieben von Investitionen führt zu einem stagnierenden Volumen des Vermögenshaushaltes, dessen größte Einzelposition auf der Ausgabenseite die Abdeckung eines Fehlbetrages von 2,7 Mio. DM aus dem Haushaltsjahr 1994 darstellt. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, daß, wenn nicht endlich mit der Kostenkontrolle Ernst gemacht wird, wir immer mehr mit der Abwicklung der Vorjahre als mit den Perspektiven für die Zukunft beschäftigt sein werden. Angesichts unseres eingeschränkten Handlungsspielraumes und der Tatsache, daß die Landeszuschüsse fast vollständig ausgeschöpft sind, erfüllt uns der bevorstehende Abschluß der Ortskernsanierung mit besonderer Sorge, die Ankündigung, daß unser historisches Zentrum zum Betätigungsfeld von Investoren werden soll, löst keine

Begeisterungstürme unsererseits aus. Es wird sich in den nächsten Monaten erweisen, ob dieses Programm Fluch oder Segen für unsere Gemeinde war. Unsere Zustimmung wird nur eine Vorgehensweise finden, bei der der Erhalt der gewachsenen architektonischen Situation im Vordergrund steht. Darüber hinaus muß sichergestellt werden, daß kein Verdrängungsprozeß ausgelöst wird, in dessen Verlauf das Wohnen in unserem Zentrum unerschwinglich wird und die Mieten nur noch von Dienstleistungsbetrieben bezahlt werden können. Ohnehin sollte über die Verteilung unserer Infrastruktur von Grund auf neu nachgedacht werden. In diese Richtung zielt der Antrag der WBB, den Wochenmarkt auf das Schaffer-Grundstück zu verlegen. Dies wäre sicher nur eine kleine, unbedeutende Maßnahme, doch soll unser Antrag vor allem zum Nachdenken darüber anregen, ob wir weiter das "zentralistische Prinzip" mit der Häufung von Geschäften in der Ortsmitte verfolgen sollen, oder ob nicht vielmehr eine Entflechtung und Stärkung der Peripherie wesentlich sinnvoller wäre. Wir meinen, daß Ordnungshüter und Kurzzeitparkplätze allenfalls helfen können, die Symptome einer verfehlten Siedlungs- und Strukturpolitik zu lindern. Bahnunterführungen: Wir haben uns den Bau der beiden Bahnunterführungen vorgenommen, und die Zweifel sind berechtigt, daß Weingarten mit nur 1,2 Mio dabei sein wird. Steigende Baupreise werden unsere Kosten erhöhen, hinzu kommt, daß der Bau der beiden Unterführungen eine Vielzahl von Baumaßnahmen nötig machen wird, bis sämtliche Gemeindestraßen wieder richtig angeschlossen beziehungsweise zu-



rückgebaut sein werden. Die Finanzierung des vom Gemeinderat beschlossenen provisorischen Übergangs ist ebenfalls noch nicht geklärt und es wird wohl viel Verhandlungsgeschick von Ihnen, Herr Scholz, erfordern, um den Eigenanteil unserer Gemeinde an den geschätzten 400.000,- DM so gering wie möglich zu halten. Kanalnetz: Wenn auch das Hinausschieben von Investitionen eine momentane Entlastung unseres Haushalt ermöglicht, so muß doch festgestellt werden, daß dieser Kurs nicht in allen Bereichen beliebig lange beibehalten werden kann. Die nach der Eigenkontrollverordnung uns auferlegte Inspektion und Sanierung unseres Abwassersystems z.B. wurde sehr zögerlich angegangen, was auch von Ihnen, Herr Scholz, selbst zugegeben wird. Bisher sind nur die relativ jungen Kanäle des Abwasserzweckverbandes untersucht, doch wissen wir, daß zum Beispiel die Kanalisation der Burgstraße ein ungefähres Alter von 60 Jahren hat. Es muß also von umfangreichen Sanierungsarbeiten ausgegangen werden, für die keinerlei Rücklagen vorhanden sind. Diese Sanierung ist eine Pflichtaufgabe unserer Gemeinde, sie wird sich deshalb auch zeitlich nicht beliebig aufschieben lassen. Die WBB fordert, die ältesten Abschnitte unseres Kanalsystems möglichst frühzeitig untersuchen zu lassen, um baldmöglichst die ungefähre Größenordnung der notwendigen Maßnahmen abschätzen zu können.

Wir kommen zum Schluß. Wie bereits in einem Brief an alle Fraktionen zum Ausdruck gebracht, haben sich nach Abschluß der Vorberatungen die Grundlagen des vorliegenden Haushaltsentwurfes durch die Kor-

rektur des Gewerbesteueraufkommens 94 um eine halbe Million nach unten signifikant verändert. Dieser Entwurf mag formell richtig sein, enthält aber bei genauer Betrachtung Widersprüche, die eine Zustimmung durch die Fraktion der WBB unmöglich machen. Ein Haushaltsplan, der den Fehlbetrag für 1994 mit 2,7 Mio DM ansetzt und gleichzeitig in seinem Vorbericht darauf hinweist, daß diese Zahl von der Realität mittlerweile weit übertroffen worden ist, steht auf tönernen Füßen und offenbart einmal mehr die mangelnde Bereitschaft zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten. Wir sind sicher, daß die bald erscheinende Jahresrechnung uns in dieser Einschätzung bestätigen wird und lehnen somit den Haushaltsentwurf für das Jahr 1995 ab. Unsere Ablehnung heißt jedoch nicht, daß wir es im gerade begonnene n Jahr an der Bereitschaft mangeln lassen werden, zu einer finanziellen Gesundung unserer Gemeinde unseren Beitrag zu leisten.

Wir bedanken uns auf diesem Wege bei Herrn Bürgermeister Scholz und allen Mitarbeitern der Verwaltung, die uns in unserer Einarbeitungszeit mit Ratschlägen und der Bereitstellung von Unterlagen beigestanden haben. Mein besonderer Dank ergeht an Herrn Dichiser, der dabei sicher den größten Anteil hatte und den ich wohl einige Male mit einer Reihe von Fragen in seiner Arbeit unterbrochen habe.